

# Neuer Hochheimer Stadtkorrespondenz

Amtesliches Organ d. Stadt Hochheim



Ercheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage)  
Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreier  
heim Telefon 58. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25. Telefon 67

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonne oder deren Raum 12 Zeilen,  
ansonwärts 15 Bsp. Reklamen die 6-gespaltene Colonne 30 Bsp.  
Bezugspreis monatlich 1.- Rm. Postcheckkonto 168 67 Frankfurt am Main

Nummer 1920

Donnerstag, den 17. Februar 1927

4 Jahrgang

## Neues vom Tage.

Nach Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat die polnische Delegation Berlin verlassen.  
Der Nachfolger des verstorbenen Kgl. Müller-Franken von der Wirtschaftspartei wird im Preussischen Landtag voraussichtlich der Berliner Stadtordnunge Colosseur sein.  
Nach dem Beschluß des französischen Ministerrats ist der Höchstlohn für den arbeitslosen Familienvater von 1.50 auf 6 Franken täglich erhöht worden, für die Ehefrau und jedes Kind unter 16 Jahren auf 2.50 Fr., der Gesamtbeitrag einer Unterstützung von 12 auf 16 Fr.  
Die französische Regierung bringt in ihrer Antwortnote auf das amerikanische Memorandum betreffend die Seeabriegelung zum Ausdruck, daß der amerikanische Vorschlag von der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes geprüft werden müßte.  
Die französische Kammergruppe, die die Interessen der Produzenten und Exporteure verderblicher Lebensmittel vertritt, hat an den Handelsminister das dringende Ersuchen gerichtet, das provisorische deutsch-französische Handelsabkommen sofort zu erneuern.  
In einem Telegramm an den amerikanischen Journalisten Elsbetter Bierck hat der ehemalige deutsche Kaiser erklärt, daß er nicht den Plan hege, nach Berlin zurückzukehren.

## Die Mandatsfrage.

Eine nicht nur sehr interessante, sondern für Deutschlands Zukunft auch höchst wichtige Frage ist im englischen Unterhaus aufgeworfen worden und zwar die Frage der Kolonialmandate.  
Und zwar fragte in der letzten Sitzung des englischen Unterhauses der Abgeordnete Ramsden den Premierminister Baldwin, ob ihm bekannt sei, daß der Gouverneur des Tanganjika-Gebietes in einer Rede gelegentlich der Eröffnung des gesetzgebenden Rates erklärt habe, Tanganjika sei ein Teil des britischen Reiches und würde das auch bleiben. Ramsden erklärte darauf die weitere Frage, ob das auch die von der Regierung vertretene Ansicht sei. Kolonialminister Amery erklärte hierauf, die betreffende Stelle beziehe sich auf den allgemeinen Standpunkt, den der Gouverneur in dem ersten Teile seiner Rede zum Ausdruck gebracht habe. Er habe dabei mit Recht betont, daß Tanganjika Mandatsgebiet sei, unter britischer Kontrolle stehe und daß keine Möglichkeit vorhanden sei, daß diese Kontrolle aufgehoben werden könnte. Es sei nicht inoffiziell gewesen, daß der Gouverneur das Tanganjika-Gebiet als ein Teil des britischen Reiches bezeichnet habe, insofern er diese Wendung rednerisch auf das ganze Gefüge der Verwaltung bezog, die man gewöhnlich so bezeichnete. Jeder Mandatsgebiete noch Protectorate seien britische Territorien in dem Sinne, daß die Bewohner dieser Gebiete britische Staatsbürger würden.  
Keworthy richtete darauf an den Kolonialminister die Frage, ob ihm bekannt sei, daß die Mandatsgebiete vom Völkerbunde vererbt worden seien und daß dieser sie auch wieder zurücknehmen könne. Keworthy fragte weiter, ob es unter diesen Umständen richtig sei, zu sagen, daß keine Möglichkeit bestünde, daß das Mandatsgebiet wieder aufgegeben würde. Amery antwortete: Das eben gerade ist nicht der Fall. Die betreffenden Gebiete würden von den alliierten und assoziierten Mächten vergeben. Das Mandat ist eine Verpflichtung, die wir dem Völkerbund gegenüber eingegangen sind. In keiner Weise stellen die Mandatsgebiete oder eine Art Besitz dar, den wir vom Völkerbund erhalten haben. Der Völkerbund ist daher auch nicht in der Lage, diese Mandatsgebiete weiter zu übertragen oder den gegenwärtigen Mandatsmächten zu entziehen.  
Es ist eine alte Gepflogenheit einer jeden englischen Regierung, auf etwaige politische Fragen eine indirekte Antwort zu geben, gewissermaßen, wie die Sage um den heißen Brei herumzugehen. Diesmal ist man aber ziemlich deutlich geworden. Denn die englische Behauptung von der Endgültigkeit der Kolonialmandate richtet sich lediglich gegen Deutschlands berechtigteste Kolonialwünsche. Darüber ist aber trotz allem das letzte Wort noch nicht gesprochen.

## Französischer Chauvinismus.

Zur Aufrechterhaltung der Rheinlandsbesetzung.  
Die französische Patriotenliga hat in Paris eine Kundgebung zugunsten der Aufrechterhaltung der Rheinlandsbesetzung abgehalten.  
Nach dem „Echo de Paris“ vertreten sämtliche Redner den Standpunkt, daß die Besetzung der Rheinlande das beste Sicherheitsunterpfand Frankreichs sei. Der erste Redner, Michelin, beschäftigte sich insbesondere mit dem Gastkrieg der Zukunft. Er behauptete, daß man ihn in Deutschland vorbereite, und forderte, daß Frankreich seinerseits sich darauf richte und für die gesamte Zivilbevölkerung Gasmasken beschaffen müßte. Alsdann sprach der General, General Dirschauer betonte, solange Frankreich am Rhein sei, sei der Friede gesichert, da Deutschland nicht den Krieg auf seinem Gebiet haben wolle.

Hierauf ergriff der ehemalige Kriegsminister Maginot das Wort. Er äußerte sich in demselben Sinne wie General Dirschauer und schloß, um den Frieden zu gewinnen, müsse Frankreich eine Armee haben, die, wenn nötig, in der Lage wäre, dem Gegner den Respekt dieses Friedens aufzuzwingen. Die Versammlung nahm alsdann eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kam, die Mitglieder der Patriotenliga, überzeugt davon, daß ganz Deutschland vom Revanchegedankel befeelt, nicht aufhöre, sich zu organisieren und sich vorbereitend um mit List oder mit Gewalt die völlige oder teilweise Aufhebung des Versailler Vertrages zu erlangen, fordere die Regierung auf, über der Durchführung sämtlicher Klauseln des Versailler Vertrages zu wachen.

## Die Sicherheitsfrage.

Militärkontrolle und Rheinlandsbesetzung.  
In der belgischen Kammer beantwortete Außenminister Vandervelde eine Interpellation über die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland.  
Er gab zu, daß in Belgien wie in Frankreich die Genfer Beschlüsse über die Kontrollkommission und das Untersuchungsrecht nicht in allen Kreisen mit ungeleiteter Genugung aufgenommen würden. Aber auch wenn man annehmen wollte, daß das Weiterbestehen der Kontrollkommission während einiger Monate einen praktischen Wert hätte haben können, dürfe man nicht vergessen, daß andererseits die Locarno-Verträge Belgien eine Garantie gaben, die es seit 1919 vergeblich zu erlangen bestrebt gewesen sei. Ueberdies sei von dem Tage an, an dem Deutschland erfüllt hatte, notwendigweise das Untersuchungsregime an die Stelle der Kontrolle getreten.

Vandervelde fuhr fort: Es ist unrichtig, daß man sich in Genf über die vorzeitige Räumung des linken Rheinufer unterhalten habe. Diese Frage ist gegenwärtig auf diplomatisches Gebiet gestellt. Bei dem Wortlaut des Artikels 431 wird man gewiß immer behaupten können, daß Deutschland nicht allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Man wird sich in dieser Hinsicht aber auch großzügig zeigen können.

Alles wird von den Sicherheitsgarantien abhängen, die Deutschland insbesondere in bezug auf die entmilitarisierte Zone wird geben können und geben wollen, vielleicht auch von einer endgültigen und allgemeinen Regelung der Reparationsfrage mit dem Problem der interalliierten Schulden, andererseits aber auch vom Grade des Vertrauens, das die Nachbarn Deutschlands in die Beständigkeit der republikanischen Einrichtungen werden haben können.

## Die Abrüstung Deutschlands

entweder — erklärte der Minister endlich — nach vielen Gesichtspunkten der Billigkeit, aber sieht man nicht auch die verborgenen Waffen und die militärischen Übungen bei den Sportverbänden und den patriotischen Verbänden sowie die Herstellung und Aufstapelung von Kriegsgerät in den benachbarten Ländern, wie z. B. in Rußland? Entgegen der herrschenden Meinung messen jedoch diejenigen, die die Verantwortung für unsere nationale Verteidigung haben, diesem Zustand der Dinge keine übertriebene Bedeutung bei. Für die nächsten Jahre wird Deutschland, wenn es allein steht, wie es sicher als unmissig betrachtet werden müssen, an der Westfront Operationen und Offensiven entgegenzunehmen. Charakteristisch zu unternehmen. Die hegemonischen Entente-Mächte erreichen es, daß das Kriegsmaterial, das Deutschland nach dem Waffenstillstand besaß, vernichtet wurde. Es war indessen unmöglich, was schon Napoleon nach dem Frieden von Tilsit vergeblich zu verhindern suchte, nämlich daß Millionen von entwaffneten Mannschaften wieder zu einem Pool in Waffen gemacht und eines Tages neu bewaffnet werden können. Das Dilemma könnte also in Zukunft folgendermaßen entschieden werden, daß die anderen Mächte ihre Streitkräfte auf das Maß der Reichswehr herabmindern oder der Vertrag wird hinsichtlich und Deutschland beansprucht auch eine Armee zu besitzen, die die deutschen Landesgrenzen zu verteidigen vermag. Zwei Schlussfolgerungen ergeben sich: 1. Die sehr relative Wirksamkeit von Kontrollmaßnahmen, 2. entweder findet eine Abrüstung statt oder überhaupt nicht.

## Der Gastrieg der Zukunft.

Die Forschungen werden fortgesetzt.  
Im englischen Unterhaus wurde an den Premierminister die Frage gerichtet, ob angesichts der Empfehlung der Abrüstungskommission des Völkerbundes alle Unterstützung für private und amtliche Laboratorien, die sich mit der Erforschung von Giftgasen befassen, abgeschafft werden und ob die britische Regierung bereit sei, während in dieser Frage vorgehen und ein Gesetz einzubringen, das jedem — sei es Privatperson oder Militär — verbietet, Untersuchungen über Giftgas oder Bakterien anzustellen. Premierminister Baldwin erwiderte:

Wie man endgültig Sicherheit hat, daß alle Mächte bereit sind, ein derartiges Verbot anzunehmen, muß die britische Regierung Maßnahmen treffen, um in der Lage zu sein, sich gegen Angriffe mit Hilfe von Giftgasen und Bakterien zu verteidigen. In diesem Zwecke muß die Forschungsarbeit fortgesetzt werden.

Was den zweiten Teil der Anfrage betrifft, so ist es, solange britische Untertanen Angriffen dieser Art ausgesetzt sein können, Pflicht der britischen Regierung, ihnen Schutz zu verschaffen. Niemand würde sich mehr freuen als ich, wenn das gesamte System der Giftgase usw. beseitigt werden könnte. Es sind aber noch nicht alle Nationen der Welt Mitglieder des Völkerbundes. Der Einfluß des Völkerbundes muß notwendigerweise in dieser Frage ein beschränkter sein, bis ein allgemeiner Völkerbund besteht.

## Die Lage in Portugal.

Aus Lissabon wird noch gemeldet, daß gegen die wichtigste Zeitung Portugals, „Diario de Noticias“ besondere Maßnahmen getroffen seien, weil sie am 8. Februar eine von der Zensur nicht genehmigte Ausgabe ausgegeben hat. Sie ist nicht verboten worden, doch ist ihr Direktor Schwabach ersezt worden durch Oberleutnant de Salconellos, der bereits das offizielle Organ Portugals leitete. Die Zeitung „Diario de Tarde“ wurde verboten.

Der Militärgouverneur von Lissabon hat ein Dekret unterzeichnet, in dem die höheren Offiziere, die an der revolutionären Bewegung teilgenommen haben, aufgefordert werden, sich unverzüglich im Hauptquartier zu melden, falls sie nicht wegen Desertion angeklagt und nach den Bestimmungen des Militärgesetzes bestraft werden sollen.

In Porto ist der Direktor der Zeitung „Diario de Porto“, Teixeira, während der Kämpfe durch eine in seiner Wohnung explodierte Granate getötet worden. Die Regierung hat ein Dekret ausgegeben, durch das die Auflösung der Polizei von Porto angeordnet wird.

## Politische Tageschau.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses. Vätermeldeungen zufolge wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstages sich auch mit dem Konflikt mit Polen beschäftigen. Zu Beginn der Sitzung wird der Ausschuss an Stelle des zum Reichsjustizminister ernannten Abgeordneten Herzl einen neuen Vorsitzenden wählen. Wie die „Vorsenzeitung“ wissen will, werden die Deutschnationalen, denen der Posten des Vorsitzenden zusteht, voraussichtlich den Abgeordneten Professor Dorsch vorschlagen.

Zur Lockerung der Zwangswirtschaft in Preußen. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zu der Verordnung des Wohlfahrtsministers über Lockerung der Zwangswirtschaft vom November v. J. einen neuen Antrag eingebracht, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob durch Ausführungsbestimmungen angeordnet werden kann, daß auf Verlangen solcher Mieter, für welche die Aufhebung des Mietverhältnisses die Verrichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten würde, das Mietverhältnis über den 31. März 1927 bis längstens 31. März 1918 verlängert werden kann, und zwar unter Festsetzung einer den heutigen oder den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden angemessenen Miete, und, inwiefern ein wirksamer Schutz der Mieter gewerblicher Räume gegen eine etwaige Verwucherung durch den Vermieter erfolgen kann.

Fliegende Reichstagsabgeordnete. Zwischen dem Reich und der Deutschen Ostbahn Schweben, entsprechend einem Wunsch des Reichstages des Reichstages, Verhandlungen über die Gewährung von Freifahrtsscheinen nach dem Vorbild der Eisenbahnfreifahrt an die Reichstagsabgeordneten. Im Reichstag hat sich seit einiger Zeit das Bestreben bemerkbar gemacht, auch das modernste Verkehrsmittel, das Flugzeug, für die Reisen des Abgeordneten dienstbar zu machen und das Reich zu veranlassen, für diese Freifahrt eine bestimmte Pauschale an die Deutsche Ostbahn zu zahlen, wie das bei der Eisenbahn und in gewissem Umfang auch bei den Schifffahrtsgesellschaften der Fall ist.

Erkommunizierung französischer Royalisten durch den Papst? Der radikale „Zeit“ glaubt berichten zu können, daß der Vatikan den Befehl erteilt habe, die Leiter der royalistischen Zeitung „Action Française“, Léon Daudet und Charles Maurras, zu exkommunizieren, nachdem sie sich der Entscheidung des Papstes, der den Katholiken die Lektüre der Zeitung „Action Française“ und der Werke Daudets und Maurras verboten hatte, nicht gebeugt haben.

Japan aus China. Im japanischen Oberhaus erklärte der Minister des Auswärtigen, die von Japan besetzte Politik der Nichtmischung in die chinesischen Angelegenheiten bedeute nicht, daß Japan seine Interessen in China vernachlässige. Zwischen den Mächten, fuhr der Minister fort, besteht eine moralische, jedoch nicht materielle Zusammenarbeit. Großbritannien zeigt Vertrauen zu Japan. Es handelt sich um die an China gerichteten Memoranden. Die Angelegenheit jedoch, über das Thema und die Art der zwischen Britannien, Japan und England geführten Verhandlungen stillschweigend zu bewahren.

Frankreichs Außenhandel. Die Einfuhr nach Frankreich belief sich im Monat Januar 1927 auf 4 064 152 Tonnen im Werte von 4 079 092 000 Francs. Das bedeutet gegenüber dem Monat Januar 1926 eine Erhöhung um 461 476 Tonnen und eine Vergrößerung um 417 742 000 Francs und gegenüber dem Vormonat Januar 1927 eine Erhöhung um 776 724 Tonnen und eine Erhöhung um 368 843 000 Francs. Die Ausfuhr für den Monat Januar 1927 belief sich auf 2 791 338 Tonnen im Werte 4 708 855 000 Francs. Gegenüber dem Monat Januar 1926 ergibt sich eine Erhöhung um 524 178 Tonnen und 849 655 000 Francs sowie gegenüber dem Monat Januar im Jahre 1913 eine Erhöhung um 1 482 397 Tonnen und 4 290 780 000 Francs. Die Handelsbilanz vom Januar 1927 schließt mit einem Plus an Ausfuhr von 629 763 000 Francs ab.

## Der Reichsetat für 1927.

Eine große Rede des neuen Finanzministers.

Berlin, 16. Februar.

Im Reichstag begann heute die Beratung des Etats für 1927, die mit einer großangelegten Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köpfer eröffnet wurde.

Reichsfinanzminister Dr. Köpfer.

In seinen Ausführungen über die gesamte finanzpolitische Lage des Reiches bemerkte der Minister, daß der Etat für 1926 im Ordinariat nach den bisherigen Ergebnissen im ordentlichen Haushalt ohne Fehlbetrag abschließt und daß sich sogar ein verhältnismäßig kleiner Ueberschuß ergeben wird. Zur Deckung des außerordentlichen Haushaltes in Höhe von 940 Millionen stehen zunächst nur der Erlös der Anleihe mit rund 450 Millionen und eine Schuldaufnahme bei der Reichspost von 100 Millionen zur Verfügung.

Die Steuererhebungsbilanz des Jahres 1926 hat auf die Wirtschaft belebend und fördernd eingewirkt. Die Umsatzsteuer wird den Etatsanfang auf 974 Millionen nicht erreichen, da nur mit einem Aufkommen von rund 840 Millionen zu rechnen ist. Das Argument, daß eine Ermäßigung der Steuerfuß eine höhere Steuereinkommen zur Folge habe, hat sich also gerade bei der Umsatzsteuer, einer ausgesprochenen Konjunktursteuer, nicht als zutreffend erwiesen, wie auch der erwartete Erfolg einer Preislenkung nicht eingetreten ist.

Der Minister ging dann auf den Etat für 1927 näher ein und wies darauf hin, daß die angenommene weitere Besserung unserer Wirtschaftslage in den Einnahmenseiten bereits sehr stark berücksichtigt ist. Namentlich erhöht sich die gesteigerte Reparationslast, den ganzen inneren Etat unheilvoll beeinflusst. Die gesamte Belastung des Reiches stellt sich auf rund 8 Milliarden im ordentlichen und 536 Millionen im außerordentlichen Etat. Der Minister erklärte weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der Beamten und Kriegsbefähigten die wiederholt gemachten Zusagen selbstverständlich nach Maßgabe des finanziell Möglichen zu gegebener Zeit vollzogen werden müssen. Aber auch hierfür stehen im Etat 1927 noch keinerlei Mittel zur Verfügung. Wenn man weiter die Notlage der Kleinrentner berücksichtigt, so muß man die mehrfache Ankündigung meines Vorgängers über die Schwere des Jahres 1927 als durchaus zutreffend bezeichnen.

Wirtschaftslage und Steuerpolitik.

Das für uns so harte Jahr 1927 trifft eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge ist. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1927 hat sich die Belebung, die im Jahre 1926 eingetreten ist, im wesentlichen behaupten können.

Man darf aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Bergarbeiterstreik ausgegangen sind, allmählich wieder normalen Verhältnissen Platz machen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Zahl der Erwerbslosen immer noch gefährlich hoch ist. Eine Wirtschaft mit 13 Millionen Arbeitslosen ist von der Gefährdung noch recht weit entfernt. Die Gesamtlage erscheint noch immer recht schwierig.

Schließlich muß das ausländische Kapital auch verzinst und wieder einmal zurückgezahlt werden. Vor allem aber bedeuern sie rasch wachsenden Reparationslasten einen Kräfteabzug, der nicht ohne Wirkung bleiben kann. Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordert in erster Linie eine überaus pflegliche Behandlung

der Steuerquellen, keine fiskalische, sondern eine nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geführte Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsregierung ist entschlossen, ihre Politik durchaus nach diesem Leitgedanken einzurichten. Sie weiß, daß die Wirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfaßt, gesunden muß, um die Lasten tragen zu können.

Die Finanz- und Steuerpolitik

muß nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten unter Ablehnung jeglicher Verschonungsbestrebungen durchgeführt werden. Neue Steuerlasten müssen überhaupt vermieden und darüber hinaus Steuererleichterungen, besonders bei den Verbrauchs- und den Realsteuern vorgenommen werden. Die Beamtenchaft der Reichsfinanzverwaltung bedarf dringend der Entlastung und muß vor unberechtigten Angriffen aus der Öffentlichkeit geschützt werden. Der Etat für das Jahr 1927 ist trotz aller Abstriche immer noch außerordentlich aufwendig. Der aufzubringende Betrag an Steuern, Zöllen und sonstigen Einnahmen beträgt für das Reich 7,8 Milliarden, für die Länder 1,2 Milliarden, für die Gemeinden 2 Milliarden. Ganz besondere Beachtung erfordert die Anleiheemission des Reiches. Die Zahlungen für Kriegs- und Reparationslasten betragen alles in allem 3,3 Milliarden.

Der unmögliche Dawes-Plan.

Der Minister geht dann im einzelnen auf die Zahlungen aus dem Dawes-Abkommen ein. Er erliefte im gegebenen Augenblick noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen Willens diese Beträge aufbringen können. Deutschland werde weiterhin tun, was in seinen Kräften stehe, die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Es müssen ihm hierzu aber auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben werden. Eine schwerwiegende Volkswirtschaft sei außerstande, Milliardenlasten für Reparationszwecke aufzubringen.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Minister eingehend die Personalpolitik und die Haushalte der einzelnen Ministerien.

Im außerordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums seien 130 Millionen für Beschaffung von Arbeitslosgelagenheit für Erwerbslose eingesetzt. Auch das besetzte Gebiet sei besonders bedacht.

Zur Ablösung der alten Reichsanleihen erklärte der Minister, sie werde, wie er bestimmt hoffe, um die Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Die Ablösung der Neubestände werde in der nächsten Zeit beginnen. In der

Auswertungsforderung

werde an den Grundzügen der jetzigen Regelung festzuhalten sein. Den Gedanken der Umwandlung der aus der Anleiheablösung hervorgegangenen sogenannten Auslösungsscheine in eine verzinsliche Anleihe wies der Minister als undurchführbar zurück.

Eine Frage von besonderer Schwere, eine Schicksalsfrage, bedeute die Frage des Ausgleichs der durch die Liquidation deutschen Eigentums Deutschen zugefügten Schäden. Die Schwierigkeiten unserer Staatswirtschaft nötigten hier zu schmerzlicher Zurückhaltung.

Finanzausgleich.

An den Schluß seiner Darlegungen stellte der Minister die Frage des Finanzausgleichs, deren Lösung uns auf den Rücken dränge. Ich sehe, so jäh der Minister fort, auch hier durchaus auf dem Boden des Staatsgrundgesetzes von Weimar: Das Reich steht über den Ländern, deren Eigenleben aber in streng festgelegten Formen durchaus garantiert ist.

Die Rede des Finanzministers rief namentlich in ihrem ersten Teile lebhafteste Bewegung im ganzen Hause hervor. Die Ankündigung einer Besoldungsreform unter Ableh von dem bisherigen System der ehemaligen Beihilfen wurde ebenso wie der übrige Teil der Rede von der Mehrheit beifällig aufgenommen.

Abg. Dr. Berg (Soz.) betonte, die Hoffnung auf eine wesentliche Erleichterung der Lage für die gesamte deutsche Wirtschaft habe sich nicht erfüllt. Für die Unternehmenserschaft sei das verfloßene Jahr allerdings ein Jahr wesentlicher Besserung geworden. Die Währungsmittelpreise seien unter dem Einfluß der Zoll- und Handelspolitik in die Höhe getrieben und in der Landwirtschaft dadurch das Mißverhältnis zwischen Preisen und Kosten beseitigt worden. Noch günstiger sei die Entwicklung in der Industrie gewesen und auch auf dem Kapitalmarkt habe sich die Lage erheblich verbessert. Das günstigste Bild zeige die Börse. Die Rationalisierung sei nach Weiboden durchgeführt worden.

der den Unternehmern alle Vorteile hätten, der Gewinn aber alle Nachteile und Lasten aufzubürden. Der Gewinn sei gesunken, obwohl die Leistungen der Arbeitskräfte wesentlich erhöht hätten. Um so verwerflicher sei der Widerstand der Unternehmer gegen den Achtstundentag und der Zwang zur Leistung von Überstunden. Angesichts der wachsenden Erwerbslosigkeit und der zunehmenden Dauer der Erwerbslosigkeit einzelnen könne von einem belebenden Einfluß der Entlastung auf die Volkswirtschaft nicht gesprochen werden. Immer mehr der größte Teil der deutschen Steuerlast auf Klassen des Volkes. Weiter forderte er eine stärkere Anpassung der Hauszinssteuer und lehnte eine Mietsteigerung als im gegenwärtigen Augenblick unverantwortlich ab.

Abg. Oberjochen (Dntl.) erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, in der ein freudiger Ueberschuß aus dem Etatsjahr 1926 angekündigt wurde. Dieser überhäumende Optimismus sei jetzt gründlich durch Tatsachen widerlegt. Jetzt stehe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen angesichts des Anwachsens der Darlehenslast und des Fehlens der früheren Reserven. Durch die Erfüllung der Zusagen, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollen, würden die Reichsfinanzen in eine katastrophale Lage kommen. Der Etat für dieses Jahr habe keine Ausgaben vor. Wenn überhaupt ein Ueberschuß erzielt wird, dann muß in erster Linie an

die notleidenden Kleinrentner

gedacht werden. Die neue Beamtenbesoldungsordnung darf nicht zu lange hinausgeschoben werden. Die Hinausschiebung endgültigen Finanzausgleichs könne nur unter der Bedingung erfolgen, daß schon im Sommer oder Herbst eine Neuregelung der Realsteuern der Länder und Gemeinden und der Hauszinssteuer erfolgt.

Die Hauszinssteuer

darf nicht zu einem dauernden Finanzierungsmittel der Länder und Gemeinden werden. Die Senkung der Realsteuern der Länder und Gemeinden durch Reichsgesetz beschränkt werden. Er erklärte die Bereitwilligkeit seiner Partei, dem Finanzminister bei der Verbindung der gegenwärtigen schweren Lage zu helfen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus tagt sich auf Donnerstag.

## Handelsteil.

Berlin, 16. Februar.

Devisenmarkt. Am internationalen Markt waren unwesentliche Kursänderungen zu verzeichnen.

Effektenmarkt. Infolge der regen Nachfrage konnte auf allen Märkten eine Besserung der Kurse durchgesehen. Rentenmarkt mit unbedeutenden Schwankungen bei russischen Staatsanleihen.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizenmärk. 26.40-26.80, Roggenmärk. 21.00-21.20, Futtergerste 20.70, Sommergerste 21.50-21.90, Hafer 19-20, Weizen bis 18.90, Weizenmehl 35-37.50, Roggenmehl 34.40-36.20, Weizenkleie 15.50-15.75, Roggenkleie 15-15.25.

Frankfurt a. M., 16. Februar.

Devisenmarkt. Am Devisenmarkt nannte man Paris 123.50, Mailand 112.50, New York 4.84,05, Mark Pfund 20.50, Dollar gegen Mark 4.21,95.

Effektenmarkt. Die Gesamtlage der heutigen Börse war bei anfangs sehr ruhigem Geschäft durchaus einheitlich. Infolge der starken Nachfrage für russische Staatsanleihen war sehr vernachlässigt und wurde für deutsche Staatsanleihen sehr schwach, da durch die Anleiheablösungsschuld dem Spiel der Spekulation in Kriegsanleihen der Regel vorgezogen worden ist. Anleiheablösung 33,65-31,75, was einem Kurs von 840-790 entspricht. Schutzgebiet etwas schwach, 15%. Der Geldmarkt leicht angezogen, Tagesgeld auf 10%, Monatsgeld 5%-6%.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizenmärk. 29.50-29.75, Roggenmärk. 21.50-21.75, Sommergerste 20.70, Hafer 19-20, Weizen bis 18.75-22.50, Weizenmehl 35-37.50, Weizenkleie 14.25-14.50, Roggenmehl 38-38.50, Weizenkleie 13.75, Roggenkleie 14-14.25.

## Die Gönne des Senators.

Erzählung von Theodor Storm.

Sie schaute über die Straße nach dem gegenüberliegenden Nachbarhaus, mehr zu, wie es schien, um bei dem in ihren Gedanken austausche doch irrenden die Augen zu richten. Jetzt aber sah sie Frau Anje Wäldern in Parteiend und E. sie über die Straße schritten und mit der Frau Nachbarin J. per, die soeben auch aus ihrem Hause trat, sich auf eine der sie nennenden Pflanzentische setzen. Frau Anje Wäldern war die Erblende, wobei sie sehr vergnügt und triumphierend ausah und wehmütig mit einer idyllischen Bewegung ihres biden Kopfes nach dem ertelichen Laufe ihres Herrn hinüberwies.

Frau Anje Wäldern schien die Gönne wie vor Stauern Anje Wäldern in nander; dann aber nickte sie wiederholt und lebhaft; auch ihr schienen die Dinge, um die es sich hier handelte, ausnehmend zu gefallen; und bald, während das eifrigste Wechselgespräch im Gange war, wurden und deuteten die Köpfe und Hände der beiden Weiber in verschiedenen Richtungen nach dem altherwürdigen Kaufmannshaus hinüber.

Die junge Frau am Fenster wurde denn doch aufmerksam; die da drüben waren nicht eben ihre Freunde; der einen — das wußte sie — war es ungeraten worden, daß sie Herrn Friedrich Jovers abgeraten hatte, ihre mündliche Pensionage in sein Haus zu nehmen; der anderen hatte sie einmal ihre große Tochterpuppe nicht lieben können, weil sie eben beim Kupferstecher zum Bilden war.

Unwillkürlich hatte sie die Arbeit sinken lassen: was wollten die Weiber zu verhandeln haben?

Aber die Unterhaltung wurde unterbrochen. — Von der Hofseite herauf kam der kleine bewegliche Advokat, Herr Siebert Sönken, den sie den „Goldenen“ nannten, weil er

bei feierlichen Gelegenheiten es niemals unter einer goldbrochenen Krone sah, deren unmäßig langen — Höhe fast seinen ganzen Leib betrafen.

Er schritt er auf die beiden zu, richtete, wie es schien, eine Frage an Frau Anje Wäldern und schritt, nachdem diese mit einem Kopfnicken beantwortet worden, lebhaft, wie er heranzutreten war, quer über die Gasse nach Herrn Friedrichs Hause zu.

„Herr!“ kam es aus dem Munde der jungen Frau, „der Goldene? Geht er auch dazu? Was will denn der bei unserem Vater Friede?“

Die hervorragenden Eigenschaften des Herrn Siebert Sönken waren bekannt genug: er jagte wie ein Drache und nach verkörpert liegenden Projekten und galt in einem typischen Gesellen und löchlichen Bewerbern auch in den einfachsten Rechtsstreitigkeiten. Im übrigen wußte er, je nach welcher Seite hin sein Vorteil lag, ebenso wohl einen strengen Berg zu bringen, als einen schiandenen Prozeß durch alle Instanzen hindurch zu ziehen.

Die Frau Senatorin war aufmerksam; sie mußte doch zu ihrem Christian Albrecht, um seine Meinung über diese Dinge einzuholen.

Allein, da hat die Köchin in das Zimmer, ein altes Inventarstück aus dem schwergelblichen Nachlaß, eine halbe Keipelperson, die nicht so abzuweisen war.

Die junge Frau mußte ihr Haushaltbudget aus der Schatulle rechnen; sie mußte notieren und rechnen, um dann die näheren Positionen der heutigen Küchenlampagne mit der kundigen Alten rekapitulieren.

Sinten in der vorderen Schreibstube saßen indessen der alte Kriebelbohm und ein jüngerer Kaufmannsgeselle sich an dem schweren Doppeltische gegenüber.

Es gab viel zu tun heute; denn die Brigg „Elbea Fortuna“, welche der selbige Herr nach seiner alten Ehefrau getauft hatte, lag zum Löschen fertig draußen auf der R. e.

„Nunche Peters“, sagte der Buchhalter zu seinem Gese-

ner, „wir müssen noch einen Richter haben; ist er bei den Richter gewesen?“

Aber bevor der junge Mensch zur Antwort kam, an die Tür klopfte, und es noch ein „Herrin“ konnte, handelte es sich um ein goldenes Abbecken am Pulle und keine Hand vermittelte auf den Arm des alten Mannes. „Der Herr Prinzipal in seinem Kabinete, lieber Herr Sönken?“ Er trug das so natürlich, daß der Alte ihn nicht staunt anah; denn dieser Mann war nicht der betraute Vater ihres Haus.

Das als gedachte er eben von seinem Kopf herabzurufen um ihn selber bei dem Herrn Senator anzukommen; aber Siebert Sönken war schon nach flüchtigem Anspöchen im Privatbureau des Prinzipals hineingedrungen.

„Sie, ei ja doch!“ murmelte der Alte.

„Die Klageschmied werden doch nicht recht behaltet?“ Er kniff die Lippen zusammen und schaute eine durch das Fenster auf den Steinhof, wo ihm die Mauer jetzt auch eine innere Scheidung der beiden vermauert Häuser zu bedeuten schien.

Trinnen im Kabinete war nach ein paar Minuten wieder ein Herr Senator wirklich von seinem Privatbureau abgekommen.

„Herr!“ rief er und ließ seine Füße auf das Pult, sie bis zur Zahne anah, „verlassen, sagt Sie? Baters Sohn will mich verklagen? Herr Siebert Sönken Sie sollten nicht solche Sachen machen.“

Der Goldene zog ein Popper aus seiner Tasche. „Der wertere Herr Senator, es wird ja nicht so leicht ad proccedendum gebrüht.“

„Auch nicht, da Herr Siebert Sönken dem Gesebedient ist?“

Der Goldene lächelte und leste das Schriftstück, er in der Hand hielt, der Herr Christian Albrecht auf dem Pult nieder.

Fortsetzung

# Letzte Nachrichten.

## Verlängerung des deutsch-französischen Handelsvertragsprovisoriums.

Berlin, 16. Februar. Wie die Blätter erfahren, ist das deutsch-französische Handelsvertragsprovisorium um drei Monate verlängert worden. Die Franzosen haben das Recht, mit zehntägiger Frist das Abkommen zum 31. März zu kündigen. Die deutsche Delegation wird zur Weiterführung der Handelsvertragsverhandlungen am 22. Februar in Paris antreffen. Die Basis für die weiteren Verhandlungen wird der neue französische Zolltarif bilden.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 16. Februar.

Ein volksparteilicher Antrag, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der, nach dem Vorbild Sachsens, auch für Preußen Industrie- und Gewerbeerträge, die bestimmt sind, der mittleren und kleineren Industrie sowie dem Handwerk und dem Einzelhandel langfristige Kredite zu gewähren, geht an den Hauptauschuss.

Es folgt die Beratung der Resolutionen des Hauptauschusses zur hannoverschen Typhusepidemie.

Der Hauptauschuss empfiehlt in seinen Anträgen, der Stadt Hannover für hygienische und sanitäre Vorbeugungsmaßnahmen einen Zuschuß von insgesamt 3 Millionen Reichsmark zu gewähren.

Finanzminister Dr. Hüpper-Nischoff erkennt die schweren Schäden an, die die hannoversche Typhusepidemie hervorgerufen hat, betont aber, daß die Staatsregierung an dem Standpunkt festhalten müsse, nicht mehr als ein Drittel der zur unmittelbaren Bekämpfung der Krankheit entstandenen Kosten beizusteuern. Es sei ferner nicht Sache der Staatsregierung, der Stadt Hannover Darlehen zu geben.

In der Abstimmung finden sämtliche Ausschüsse mit großer Mehrheit Annahme.

Es folgt die zweite Beratung der Gewerbesteuer für das Jahr 1927, die bekanntlich bereits ausführlich im Ausschuss erörtert wurde.

Ausschussberichterstatter Abg. Dr. Neumann-Frohman (D. Vp.) erklärt, daß im wesentlichen in den Ausschussberatungen die Steuerungsgrundlage bestätigt worden sei. Nach den Ausschussbeschlüssen sollen zu den abzugsfähigen Betriebsausgaben u. a. nicht gehören die Zinsen für das Gewerbekapital und die Schulden, die zum Zwecke der Betriebsverbesserung gemacht worden sind.

## Zur Steuerung der Not in Hessen.

### Vorschläge an die Reichsregierung.

Die immer noch in Hessen herrschende große Not, die zum Teil dadurch verstärkt wird, daß weite Teile des Landes unter der fremden Besatzung leiden, hat die Regierung in Darmstadt veranlaßt, sich mit einer Reihe von Vorschlägen an die Reichsregierung zu wenden. In Darmstadt hielt man den Augenblick für gegeben, da in den nächsten Tagen im Plenum des Reichstages der Haushalt für die besetzten Gebiete zur Beratung steht.

Am im besetzten Gebiet vermehrte Arbeit zu schaffen, fordert das hessische Kabinett von der Reichsregierung die Bewilligung von Reichsmitteln zum Bau zweier Rheinbrücken bei Mainz und Oppenheim und einer Rheinbrücke bei Rüsselsheim-Frösheim; ferner zur Verbesserung der Straßen im dem hessischen besetzten Gebiet, die durch den Automobilverkehr des Besatzungsbereiches schwer mitgenommen sind, sowie zum Ausbau der Straßen Worms-Vensheim und Mainz-Darmstadt für die Bedürfnisse des Kraftpostlinienverkehrs, und schließlich zum Bau elektrischer Vorortbahnen für die schwer unter der Besatzung leidenden Städte Worms und Mainz.

## Das Erdbeben in Jugoslawien.

### Einspur zahlreicher Häuser. — Weitere Todesopfer.

Infolge der Störungen im telephonischen und telegraphischen Verkehr mit der Herzegowina ist es noch unmöglich, ein genaues Bild der Erdbebenkatastrophe zu geben. Das Epizentrum des Bebens befindet sich 15 Kilometer südlich von Mostar, in Dabar Polje. Der südliche Teil der Herzegowina ist streckenweise ein Trümmerfeld.

Die Bevölkerung hält sich aus Furcht vor einer Wiederholung der Erdstöße im Freien auf. Bisher sind 15 Todesopfer und viele Verwundete gemeldet. Aus Popode Polje werden Schreckensszenen berichtet. Eine ganze Häuserreihe stürzte in das Flußbett der Trebinjica. Die Hausbewohner wurden unter den Trümmern begraben. Aus Mostar, wo die Bevölkerung

### von einer Panik ergriffen

wurde, werden sehr schwere Sachschäden verzeichnet. In Melkovic stürzten zahlreiche Häuser ein. In Ragusa, Cattaro und Spalato wurden Gebäude beschädigt. Das Erdbeben wurde auch in ganz Montenegro und Nordalbanien verspürt. Die „Grazzer Tagespost“ meldet aus Belgrad, in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien sind

### mehrere tausend Häuser vollkommen zerstört.

Die Zahl der Opfer an Menschenleben werde auf 600 geschätzt. Das Erdbeben wiederholte sich nachts. In Ragusa wurden bei einem Dachstuhlsturz des Rathauses mehrere Personen getötet.

### Die Ursache des Bebens.

Neben das Erdbeben in der Herzegowina und in Dalmatien wird seitens der Erdbebenwarte in Belgrad folgendes Mitgeteilt: Das Beben wurde durch die Bewegung von drei großen Rissen Erdrinde im Gebiet der Herzegowina verursacht. Diese Bewegung hat wiederum ihren Ursprung in der Verschiebung von Erdmassen auf dem Grunde des Adriatischen Meeres.

## Schwere Folgen des Nebels.

### Schiffskollisionen an der Elbemündung.

Der ganz ungewöhnlich dichte Nebel, der in Hamburg auch tagsüber herrschte, hat der Schifffahrt beträchtlichen Schaden gebracht. Seit gestern abend sind im ganzen nur 25 Dampfer, d. h. der zehnte Teil des Normalverkehrs, im Hamburger Hafen eingelaufen. Eine Reihe dieser Schiffe wies überdies mehr oder minder schwere Beschädigungen auf, die durch Grundberührung oder Zusammenstöße entstanden sind. Im Bereich der Elbdeichschiffe vor Cuxhafen kollidierte der deutsche Dampfer „Melissa“ mit dem Fischdampfer „Esterbrügge“, wobei letzterer scharf getroffen wurde und nur mit Mühe über Wasser gehalten werden konnte. Auf der Weiser rannte der englische Dampfer „Plasworth“ mit dem griechischen Dampfer „Gularnis“ zusammen; der Engländer mußte sofort auf Grund gesetzt werden. Bei Begegnung kollidierte ein Fährdampfer mit einem Oberweserfahrer und sank sofort. Die Besatzung konnte gerettet werden. Im Nord-Ostsee Kanal stießen die deutschen Dampfer „Brunnhilde“ und „Wilhelm Kunstmann“ zusammen; letzterer erlitt schweren Bordbordschaden. Auch der benachbarte Hafensährverkehr ist lahmgelegt. Die angehenden Schiffe sind zum großen Teil gezwungen worden, noch auf der Elbe vor Anker zu gehen.

## Aus Nah und Fern.

—r. Aus dem Bezirk Wiesbaden. (Wahlen zur Landwirtschaftskammer). Der Wahlauschuss des Wahlbezirks Wiesbaden-Stadt und Wiesbaden-Land hat folgende Wahlvorschlüge für die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zur Landwirtschaftskammer zugelassen: 1. Wahlvorschlag Mertens mit den Kandidaten Landwirt E. Mertens-Erbenheim, Gärtnerbesitzer R. C. Schwebig-Schierstein, Landwirt und Winzer P. Hirschmann-Hochheim a. M. und Landwirt J. H. Gärner-Dellenheim. 2. Wahlvorschlag Schleidt 3. mit der Kandidaten Landwirt L. Schleidt 3. Flörsheim a. M., Landwirt J. P. Velten-Hochheim a. M., Landwirt F. W. Di-Frauenstein und Bürgermeister und Landwirt L. Buch-Weilbach.

Δ Frankfurt a. M. (Eine neue Bluttat. — Zwei Tote.) In dem kleinen Taunusort Glasbitten spielte sich in den frühen Morgenstunden ein Ehedrama ab. Der erst seit kurzen verheiratete, von seiner Frau aber getrennt lebende 23jährige Heinrich Dorn, ging in das Haus seiner Schwiegereltern und gab auf seine dort wohnende Frau mehrere Revolvergeschosse ab. Die Frau verstarb binnen wenigen Minuten. Nach der Tat, die offenbar in eblischen Zwistigkeiten ihren Ursprung hat, erschloß sich der Täter im Keller des Hauses.

Δ Niederflorstadt. (Beim Fußballspiel verunglückt.) Auf dem hiesigen Sportplatz erhielt bei einem Fußballwettkampf ein Spieler von Friedberg einen derartig heftigen Tritt gegen das Schienbein, daß er mit gedrohenem Bein liegen blieb.

Δ Hiesien. (18 Familien durch Feuer obdachlos.) Aus bisher noch unbekannter Ursache entstand in dem der Stadt gehörenden Haus Kirchenplatz 9 ein größeres Feuer. Der Brand entstand in den Büros- und Lagerräumen einer Lederfabrik und griff auf die im Hintergebäude befindlichen Wohnungen über. Das Büro und die Wohnungen wurden schwer beschädigt und der größte Teil des Hausrates vernichtet. Durch das Feuer sind 18 Familien obdachlos geworden, die zunächst in Kottwohnungen untergebracht werden müssen.

Δ Bensheim. (Das Bahnprojekt Bensheim-Lindensfels.) Die Arbeiten für das Bahnauprojekt Bensheim-Lindensfels sind im Jahre 1926 auf das Intensivste betrieben worden. Nachdem die bisherigen Projekte infolge der hohen finanziellen Belastungen, die ihre Durchführung und Betriebsführung den beteiligten Körperschaften gebracht haben würde, fallen gelassen werden mußten, hat man sich auf das Projekt einer Schmalspurstrassenbahn beschränkt, das in erster Linie auf den Personen- und Güterverkehr abgestellt ist. Allerdings muß auf die finanzielle Beteiligung des Landes gerechnet werden; eine Entscheidung hierüber ist seitens des Finanzministers und des hiesigen Landtages noch nicht ergangen.

Δ Darmstadt. (Der hiesige Etat.) Der hiesige Voranschlag für 1927 weicht mit einer Gesamtansgabe von 124,82 Millionen gegen 126,83 Millionen im Jahre 1926 mit laufenden Einnahmen von 117,92 Millionen gegen 118,99 Millionen im Vorjahr, weiter mit einem Fehlbetrag von 7,50 Millionen gegen 7,84 Millionen in den Abschlußziffern wie in den einzelnen Ergebnissen nicht erheblich vom Jahre 1925 ab. Aber zum ersten Male seit der Stabilisierung der Mark ist ein Rückgang des Gesamtbedarfs zu erkennen und es war zum ersten Male möglich, neben der bisherigen starken Senkung der Reichssteuern auch die Landessteuern, besonders die Sondergebäudesteuern, in ihrem Ertrag herabzusetzen.

## Sportles.

Hochheim am Main, den 17. Februar 1927.

Turngemeinde Hochheim. Anlässlich der Wiederkehr des Geburtsjahres des Gründers der Turngemeinde Hochheim, Gg. Hofmann, veranstaltete dieselbe am Sonntag nachmittag 4 Uhr eine Gedächtnisfeier, bei freiem Eintritt, verbunden mit turnerischen Vorführungen in der Turnhalle. Bei dieser Gelegenheit wird auch die neu aufgestellte Chronik des Vereins verlesen und sollte kein Mitglied und Gönner bei dieser Veranstaltung fehlen. Ganz besonders den Eltern unserer Jugend ist hierbei Gelegenheit geboten, sich zu überzeugen, welcher Geist in der Turngemeinde herrscht, was zur Zeit geboten wird und wie ihre Kinder zu tatkräftigen und zielbewußten Männern herangebildet werden. Schiden auch Sie Ihre Kinder — auch schulentlassene zur Turngemeinde, denn dort ist reichlich Gelegenheit vorhanden, zur weiteren körperlichen Erfrischung durch Turnen, Spielen, Schwimmen und Leichtathletik. Treten Sie selbst als unaktives Mitglied bei, um dadurch die gute Sache zu unterstützen zum Wohle Ihrer Kinder und zur Ehre der Turngemeinde Hochheim, damit die Chronik eine würdige Weiterführung findet.

—r. Dürfen die Amseln geschossen werden? In weiten Kreisen scheint die Auffassung zu herrschen, daß die Schwarz-

drosseln (Amseln), die bei uns schon längst Standvögel geworden sind, ohne weiteres gefangen und abgeschossen werden dürfen. Dieses ist nicht der Fall. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Amseln zu den Vögeln gehören, die das ganze Jahr über Schutz genießen. Nur die Verwaltungsbehörden können auf Ansuchen das Töten von Amseln mit Feuerwaffen innerhalb der Weinberge, Obstplantagen oder Gärten, in denen diese Vögel Schaden anrichten, ausnahmsweise auf kurze Zeit gestatten. Das aber hat in manchen Gegenden bereits dazu geführt, daß dort die Amsel, die vorzügliche Sängerin, nahezu ausgerottet ist, und daß infolge dessen das Ungeziefer überhand nimmt. Das ist z. B. in Württemberg der Fall, wo Naturfreunde sich in energischer Weise für den Schutz dieses nützlichen Vogels einsetzen.

„Roberts Jacques“ Roman „Biraths Insel“ ist nun auch in Buchform erschienen. Peter Birath in Fa. Zens Peter Birath Nachf. Zeitwarenfabrik, wird durch ein heftiges, schönes Tigerlein aus Europa hinausgetrieben. Erst die weiteren Stationen seines Lebensweges — Indien, Südsee — reifen ihn zum Mann. Auf der Südseeinsel findet er den ihm bestimmten fruchtbarsten Lebensboden. Als ein neuer Robinson lebt er dort, König des eingeborenen Volkes. Ein starker Erbenreichtum, eine dauernde Spannung ist in der Darstellung. Es ist ein Buch, das seine Leser fesselt. Das vorliegende Werk ist bei der Deutschen Buch-Gemeinschaft, (Berlin S. W. 61, Teltowerstraße 29) erschienen. Für den vierteljährlichen Mitgliedsbeitrag von Mk. 3,00 erhält das Mitglied nicht nur einen prächtigen Halblederband nach freier Wahl, sondern außerdem kostenfrei die reich illustrierte Zeitschrift „Die Lesestunde“ zweimal im Monat zugefandt. Weit über dreihunderttausend ständige Mitglieder haben sich in noch nicht drei Jahren der Gemeinschaft angeschlossen — ein Beweis größter Leistungsfähigkeit! Ausführliche Werbeschrift „Roe“ wird durch die D. B. G. gern kostenlos versandt.

# Wettervorhersage für Freitag, den 18. Februar. Morgens neblig, meist trocken, etwas wärmer.

# Bessere Sicherung der Eisenbahnübergänge. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, haben die sich häufenden Unfälle an Eisenbahnübergängen den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft veranlaßt, sofort außerordentliche Maßnahmen einzuleiten. Zunächst soll dem Eisenbahnwachungspersonal noch einmal die äußerste Aufmerksamkeit eingehäuft werden. Besondere Kommissionen sollen die Sicherheitseinrichtungen prüfen und auch mit den Landesregierungen soll in Verbindung getreten werden. Ferner soll die Frage der Sicherheit der Eisenbahnübergänge mit den Automobilverbänden besprochen werden.

# Neuregelung des Fingerabdrucks. Das Verfahren des Fingerabdrucks soll vom 1. März ab im ganzen Deutschen Reich einheitlich geregelt werden. Nach den Ausführungsbestimmungen, die der preussische Innenminister herausgegeben hat, müssen Fingerabdrücke von gewohnheitsmäßigen oder gewerbmäßigen Verbrechen, von allen Ausländern, die wegen eines Vergehens ausgewiesen werden, von Landstreichern und von nicht festhaften Zigeunern genommen werden.

# Angehörige eines Gefallenen gesucht. Um den Angehörigen des Gefallenen Philipp Dinges, geb. 19. 2. 1896, gestorben am 7. 7. 1916 im Bürgerhospital zu Hagenau (Unter-Elsch) die Nachricht von der aufgefundenen Grabstätte des Gefallenen auf dem Friedhof Hagenau, 27 Km. nördlich von Strahsburg, zugehen lassen zu können, werden die Angehörigen hiermit aufgefordert, ihre Anschrift der Kriegsgräberfürsorge Frankfurt a. M., Münzstraße 3, zuzustellen.

# Wichtig für Besitzer von Markantleihen. Die Besitzer von Markantleihen des Deutschen Reiches haben die Einreichung der Güter und Anträge zum Austausch in Anleiheablosungsschuld bei den Vermittlungsstellen bis 30. Juni zu tätigen. Vermittlungsstellen sind: Banken, Bankiers, Sparlässe, öffentlich rechtliche Kreditanstalten und Kreditgenossenschaften. Die Reichsbank ist keine Vermittlungsstelle. Sie hat nur die Sonderaufgabe, die Anträge zu sammeln und an die Reichsschuldverwaltung weiterzuleiten.

# Arbeitsgemeinschaft der Hausbesitzer. Die großen Organisationen und Unternehmungen des deutschen Hausbesitzes haben sich in diesen Tagen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dieser gehören an der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V., als die anerkannte Vertretung des deutschen Hausbesitzes, der deutsche Verband für Hausbesitzervereine (Revisionsverband), die deutsche Hauptbank für Hypothekenschutz A. G. und der Hoabd-Versicherungskonzern.



Der italienische Flieger de Binedo.

Der Ozeanflieger Binedo ist in Villa Cisneros (Goldküste) eingetroffen. Er legte die 3190 Km. lange Strecke von Kenia in 32 Stunden zurück. Nach Ergänzung der Vorräte legte er um 11 Uhr abends unter Ausnutzung der mondhellten Nacht den Flug in der Richtung auf das 1600 Km. von Villa Cisneros entfernte Bolama (Port Guinea), seinen letzten Zwischenhalt in Afrika, fort. Nach Rom gelangte drahllose Nachrichten des italienischen Kommanders „Laormina“ besagen, daß Binedo um 12.15 Uhr mitternachts Kap Blanco und um 6.15 Kap Verde, 400 Km. vor Bolama, überflog.

## Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Betrifft: Meldewesen.

Es liegt Veranlassung vor auf die Innehaltung der Regierungspolizeiverordnung über das Meldewesen vom 14. Juli 1904 und deren Ergänzung vom 2. Oktober 1922 hinzuweisen:

Nach § 1 dieser Verordnung hat jede Person, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in einem Gemeindebezirk aufgibt, vor dem Abzuge, spätestens aber innerhalb sechs Tagen nach erfolgtem Abzuge sich und die zu seinem Hausstande gehörenden Personen, welche an dem Abzuge teilnehmen mündlich oder schriftlich bei der Ortspolizeibehörde abzumelden und hierbei den neuen Gemeinde- oder Gutsbezirk anzugeben. Der Abmeldebchein wird bei erfolgter Abmeldung sofort ausgehändigt; oder unstrantiert nachgeschickt.

Gemäß § 2 der Verordnung hat jede Person, die in einem Gemeindebezirk ihren Wohnsitz oder Aufenthalt nimmt, sich und seine evtl. Hausangehörigen innerhalb sechs Tagen bei der Ortspolizeibehörde unter Vorlage des Abmeldebcheins anzumelden.

Wer vorübergehend, aber über die Zeitdauer von 6 Wochen in einer Gemeinde Wohnung oder Aufenthalt

nimmt, ist ebenfalls verpflichtet sich sofort, spätestens aber innerhalb 6 Tagen bei der Ortspolizeibehörde anzumelden.

Jeder Wechsel einer Wohnung innerhalb der Ortschaft ist innerhalb drei Tagen der Ortspolizeibehörde zu melden.

Zu diesen vorgeschriebenen Meldungen sind auch diejenigen, welche die betreffenden Personen als Mieter, Dienstboten oder in sonstiger Weise aufgenommen haben, innerhalb sechs Tagen nach dem Ab- und Zu- oder Umzug verpflichtet, sofern sie sich nicht durch Einsicht der bezüglichen Bescheinigungen von der bereits erfolgten Meldung überzeugen haben.

Nach § 6 unterliegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften einer Geldstrafe bis zu 30 RM., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt. Hochheim a. M., den 10. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister: Arzbücher.

### Hauszinssteuer.

Anträge auf Stundung, Erlass und Niederschlagung von Hauszinssteuer sind in allen Fällen zunächst bei den Gemeindebehörden (Magistrat, Gemeindevorsteher pp.) zu stellen. Gegen die Entscheidung der Gemeindebehörden ist die Aufsichtsbeschwerde gegeben, die bei dem Vorsitzenden des zuständigen Grundsteueraususses (Katasteramt) anzubringen ist. Beschwerden gegen dessen Entscheidung

sind an den Vorsitzenden des Grundsteuerberufungsausses (Regierung, für Berlin Preussische Bau- und Finanzdirektion) zu richten. Erst wenn die Entscheidung dieser Stelle erfolgt ist, kann Beschwerde bei dem Reichlichen Finanzminister, der endgültig entscheidet, eingebracht werden. Die unmittelbare Vorlegung solcher Gesuchen den Ministerien bedeutet eine für den Antragsteller empfindliche Verzögerung in der sachlichen Behandlung da diese Anträge ohne weiteres an die zunächst zuständigen Behörden abgegeben werden.

Hochheim a. M., den 14. Februar 1927.

Der Magistrat: Arzbücher.

Am Samstag, den 19. Februar von Mittags 12 bis 1 Uhr wird die Versorgung der ganzen Stadt mit Licht- und Kraftstrom wegen Änderungen an der Schalttafel unterbrochen.

Hochheim am Main, den 17. Februar 1927.

Der Magistrat: Arzbücher.

Die Sänger-Vereinigung veranstaltet am Sonntag, den 20. Februar, abends einen großen sensationellen Feuertanz. Näheres wird in der Samstagsnummer bekanntgegeben.

### Danksagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden bei dem Hinscheiden unserer lieben, guten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, Frau

Julie Seckler

geb. Reinbott

sprechen wir unseren tiefgefühltesten Dank aus. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer Gerwin für seine trostreichen Worte am Grabe, der Schwester Edith für ihre liebevolle Pflege, den Alt-Pensionären und Pensionärinnen für die Kranzniederlegung und allen denen, die ihr die letzte Ehre erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Hochheim a. M., Altenhüden, Steer.

Tettenborn, den 17. Februar 1927.

## Samstag Abend 8 Uhr General-Versammlung der Spielvereinigung 07 Hochheim a. M.

## Ortsbauernschaft u. Weinbau-Verein

Hochheim am Main

Samstag, den 19. Februar 1927, abend 8 Uhr in der „Rose“

## Versammlung

Thema:

„Die Landwirtschaftskammer-Wahlen“

am 20. Februar 1927, Referent: Dr. Kettenbach

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Herr Merlen hat sein Erscheinen zugesagt. Alle zur Landwirtschaftskammer-Wahl Berechtigten sind hierzu freudl. eingeladen.

P. Firschnann, Vorsitzender.

Witwe Barbara Schmitt, geb. Schwab aus Mainz läßt am Montag, den 21. Februar 1927, abends 6 Uhr in der „Rose“ das Grundstück:

„Im oberen Heuberg“, „Im Raver“ 11,84 ar groß, versteigern.

Dr. Doeffler.

## Landwirte baut Zuckerrüben

Näheres bei Philipp Schreiber, Dellenheimerstraße 13.

## Welcher Gewinn

liegt in der Vermeidung von Krankheiten und Siechtum!

Nicht erst im Krankheitsalle, sondern schon in gesunden Tagen sollte man

## Adolf Jusi's „Heilerde“

innerlich (einnehmen) und äußerlich (zu Umschlagen)

zur Pflege, Stärkung und Erhaltung der Gesundheit gebräuchen

Durch den Gebrauch der Heilerde erhält man sich jung, frisch und steigert seine Arbeitskräfte. Broschüren mit wichtigen Aufklärungen unentgeltlich durch

Domdrogerie Wilhelm Otto, Mainz  
n u r Leichhofstraße 5

Die eingehenden Aufträge werden postwendend unter spesenfreier Nachnahme zum Versand gebracht.

Montag, den 21. Februar ds. Jrs. vormittags, sollen im Stadtwalde „U. Bahnhofs“ 4“ versteigert werden:

- 1) 60 Rmtr. Eichen- Kahlheil- und Knüppel, 220 Mtr. lg. Gartenpfosten
- 2) 223 Rmtr. Eichen-, Scheit- und Knüppelholz,
- 3) 175 Rmtr. Buchen-Scheitholz,
- 4) 80 Rmtr. Buchen Knüppelholz,
- 5) 1100 Buchen-Wellen.

Zulammenkunft: Vormittags 10.30 Uhr vor dem Forsthaus „Dambach“.

Wiesbaden, den 12. Februar 1927.

Der Magistrat:

Verwaltung für Landwirtschaft, Weinberge und Forsten.

## Radfahrer-Verein 1899, Hochheim

Sonntag, den 20. Februar 1927

## Nachkerb

in d. Räumen d. Kaiserhofes

Masken auf zur Hochheimer Nachkerb!

Beginn 7.11 Uhr abends! Auf dem Kerweplatz vollständig neues Programm! Sr. Hoheit Prinz Carneval trifft mittels Funlicht 9.11 Uhr von seiner Wertreise in der närrischen Hofburg ein. 9.62 Uhr Parade über alle Masken. Fat und Patachon in ihrer neuen Attraction! Die Stadtväter von Frankfurt a. M. haben ihr Erscheinen zugesagt. Die Kerwejugfrauen sind z. Begrüßung ausbezogen. Ankunft 10.01 Uhr mittels drahtloser Schwebbahn a. Plan.

Auf dem Kerweplatz entdecken die Stadtväter die Neblaus im Hochheimer Wein! Die große Seeschlacht bei München! Das Geipent von Weisenau im steralfierten Zustande!

Kasseneröffnung 6.31 Uhr.

Beginn 7.11 Uhr.

Die 100. Maske erhält einen wertvollen Preis.

Das gesamte närrische Publikum von Hochheim wird zur Nachkerb hiermit freudlichst eingeladen.

Das närrische Komitee



## Mißfarbene Zähne

mitteln das schönste Antlitz. Höher Mundgeruch wirkt abtötend. Selbe Schmutzmittel werden gründlich beiseite gelassen durch einmaliges Waschen mit der herzlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erhalten danach einen wundervollen Glanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit geformtem Borstenschiff. Kaulende Speisereste in den Zahnräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beiseite gelassen. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 20 Pfg., für Damen RM. 1.25 (weiche Borsten), für Herren RM. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

## Turngemeinde e. B., Hochheim a. M.

Sonntag, den 20. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr findet in der Turnhalle eine Turnrats-Versammlung statt, wozu alle Turnräte ergebnis eingeladen werden. Desgleichen um 4 Uhr eine Gedächtnisfeier anlässlich der Wiedertehr des Geburtstages des Gründers, Georg Hofmann, bei freiem Eintritt mit turnerischen Vorführungen, wozu alle Mitglieder, nebst Gönner des Vereins ergebnis eingeladen werden.

Der Vorstand.

## Kabliou ohne Kopf

Im ganzen Fisch Pfd. 24 Pfg.  
Im Ausschnitt Pfd. 26 Pfg.

## J. Latscha

## Samstag Abend 8 Uhr General-Versammlung der Spielvereinigung 07 Hochheim a. M.

## Leder

für Sohlen und Fleck laufen Sie billig und gut bei

J. Siegfried jr.  
Wassenheimerstraße 38.

## Gänsefedern

7 Pfd. lebende, frisch geruppte Federn zu verkaufen. Näheres Geschäftsstelle.

Eine Partie billige

## „Joche“

weich gefüllter mit haar, schmiedelose lange Korra 1.50 Mtr. J. Siegfried jr. Wassenheimerstraße

## 2 eleg. Masken-Roll

für Samstag u. Sonntag und für die Sonntagstage zu verkaufen. Frau H. Bauer.